

*Übersetzung*¹

Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit

Abgeschlossen in Genf am 17. Juni 1999

Von der Bundesversammlung genehmigt am 9. März 2000²

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 28. Juni 2000

In Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juni 2001

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 1. Juni 1999 zu ihrer 87. Tagung zusammengetreten ist,

verweist auf die Notwendigkeit, neue Urkunden zum Verbot und zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit als vorrangiges Ziel nationaler und internationaler Massnahmen, einschliesslich der internationalen Zusammenarbeit und Unterstützung, anzunehmen, um das Übereinkommen und die Empfehlung über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung, 1973³, zu ergänzen, die weiterhin grundlegende Urkunden über die Kinderarbeit sind,

stellt fest, dass die wirksame Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit unverzügliche und umfassende Massnahmen erfordert, wobei die Bedeutung der unentgeltlichen Grundbildung und die Notwendigkeit zu berücksichtigen sind, die betreffenden Kinder aus jeder Arbeit dieser Art herauszuholen und ihre Rehabilitation und soziale Eingliederung unter gleichzeitigem Eingehen auf die Bedürfnisse ihrer Familien vorzusehen,

verweist auf die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 83. Tagung im Jahr 1996 angenommene Entschliessung über die Abschaffung der Kinderarbeit,

erkennt an, dass Kinderarbeit zu einem grossen Teil durch Armut verursacht wird und dass die langfristige Lösung in nachhaltigem Wirtschaftswachstum liegt, das zu sozialem Fortschritt, insbesondere zur Linderung von Armut und zu universeller Bildung, führt,

verweist auf die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. November 1989⁴ verabschiedete Konvention über die Rechte des Kindes,

verweist auf die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 86. Tagung im Jahr 1998 angenommene Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemassnahmen,

SR 0.822.728.2

¹ Amtliche deutsche Übersetzung des französischen Originaltextes (RO 2003 927).

² AS 2003 926

³ SR 0.822.723.8

⁴ SR 0.107

weist darauf hin, dass einige der schlimmsten Formen der Kinderarbeit Gegenstand anderer internationaler Instrumente sind, insbesondere des Übereinkommens über Zwangsarbeit, 1930⁵, und des Zusatzübereinkommens der Vereinten Nationen über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken, 1956⁶,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend Kinderarbeit, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und dabei bestimmt, dass diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 17. Juni 1999, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999, bezeichnet wird.

Art. 1

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, hat unverzügliche und wirksame Massnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die schlimmsten Formen der Kinderarbeit vordringlich verboten und beseitigt werden.

Art. 2

Im Sinne dieses Übereinkommens gilt der Ausdruck «Kind» für alle Personen unter 18 Jahren.

Art. 3

Im Sinne dieses Übereinkommens umfasst der Ausdruck «die schlimmsten Formen der Kinderarbeit»:

- a) alle Formen der Sklaverei oder alle sklavereiähnlichen Praktiken, wie den Verkauf von Kindern und den Kinderhandel, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft sowie Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschliesslich der Zwangs- oder Pflichtrekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten;
- b) das Heranziehen, Vermitteln oder Anbieten eines Kindes zur Prostitution, zur Herstellung von Pornografie oder zu pornografischen Darbietungen;
- c) das Heranziehen, Vermitteln oder Anbieten eines Kindes zu unerlaubten Tätigkeiten, insbesondere zur Gewinnung von und zum Handel mit Drogen, wie diese in den einschlägigen internationalen Übereinkünften definiert sind;

⁵ SR 0.822.713.9

⁶ SR 0.311.371

- d) Arbeit, die ihrer Natur nach oder auf Grund der Umstände, unter denen sie verrichtet wird, voraussichtlich für die Gesundheit, die Sicherheit oder die Sittlichkeit von Kindern schädlich ist.

Art. 4

1. Die unter Artikel 3 d) erwähnten Arten von Arbeit sind durch die innerstaatliche Gesetzgebung oder durch die zuständige Stelle nach Beratung mit den in Betracht kommenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu bestimmen, wobei die einschlägigen internationalen Normen zu berücksichtigen sind, insbesondere die Absätze 3 und 4 der Empfehlung betreffend die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999.
2. Die zuständige Stelle hat nach Beratung mit den in Betracht kommenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu ermitteln, wo die so bestimmten Arten von Arbeit vorkommen.
3. Das Verzeichnis der gemäss Absatz 1 dieses Artikels bestimmten Arten von Arbeit ist von der zuständigen Stelle in Beratung mit den in Betracht kommenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer regelmässig zu überprüfen und erforderlichenfalls zu revidieren.

Art. 5

Jedes Mitglied hat nach Beratung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden geeignete Mechanismen zur Überwachung der Durchführung der Bestimmungen zur Umsetzung dieses Übereinkommens einzurichten oder zu bezeichnen.

Art. 6

1. Jedes Mitglied hat Aktionsprogramme zur vorrangigen Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu planen und durchzuführen.
2. Solche Aktionsprogramme sind in Beratung mit den einschlägigen staatlichen Einrichtungen sowie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zu planen und durchzuführen, wobei gegebenenfalls die Auffassungen anderer in Betracht kommender Gruppen zu berücksichtigen sind.

Art. 7

1. Jedes Mitglied hat alle erforderlichen Massnahmen zu treffen, um die wirksame Durchführung und Durchsetzung der Bestimmungen zur Umsetzung dieses Übereinkommens sicherzustellen, einschliesslich der Festsetzung und Anwendung von strafrechtlichen Massnahmen oder gegebenenfalls anderen Zwangsmassnahmen.
2. Jedes Mitglied hat unter Berücksichtigung der Bedeutung der Schulbildung für die Beseitigung der Kinderarbeit wirksame Massnahmen innerhalb einer bestimmten Frist zu treffen, um:
 - a) den Einsatz von Kindern bei den schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu verhindern;

- b) die erforderliche und geeignete unmittelbare Unterstützung für das Herausholen von Kindern aus den schlimmsten Formen der Kinderarbeit und für ihre Rehabilitation und soziale Eingliederung zu gewähren;
 - c) allen aus den schlimmsten Formen der Kinderarbeit herausgeholt Kindern den Zugang zur unentgeltlichen Grundbildung und, wann immer möglich und zweckmässig, zur Berufsbildung zu gewährleisten;
 - d) besonders gefährdete Kinder zu ermitteln und zu erreichen; und
 - e) der besonderen Lage von Mädchen Rechnung zu tragen.
3. Jedes Mitglied hat die zuständige Stelle zu bezeichnen, die für die Durchführung der Bestimmungen zur Umsetzung dieses Übereinkommens verantwortlich ist.

Art. 8

Die Mitglieder haben geeignete Schritte zu unternehmen, um sich gegenseitig bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens zu helfen, und zwar durch verstärkte internationale Zusammenarbeit und/oder Hilfeleistung, einschliesslich der Unterstützung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, für Programme zur Beseitigung von Armut und für universelle Bildung.

Art. 9

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Art. 10

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes eingetragen ist.
2. Es tritt, zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind, in Kraft.
3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Art. 11

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren seit seinem erstmaligen Inkrafttreten durch förmliche Mitteilung an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Sie wird erst ein Jahr nach der Eintragung wirksam.
2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und binnen eines Jahres nach Ablauf der in Absatz 1 genannten zehn Jahre von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für weitere zehn Jahre gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf von zehn Jahren nach Massgabe dieses Artikels kündigen.

Art. 12

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, zu dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Art. 13

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945⁷ vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Massgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Art. 14

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes erstattet der Allgemeinen Konferenz, wann immer er es für nötig erachtet, einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens und prüft, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Neufassung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Art. 15

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise neu fasst, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gilt Folgendes:

- a) Die Ratifikation des neu gefassten Übereinkommens durch ein Mitglied hat ungeachtet des Artikels 11 ohne weiteres die Wirkung einer sofortigen Kündigung des vorliegenden Übereinkommens, sofern das neu gefasste Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neu gefassten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

⁷ SR 0.120; AS 2003 866

2. In jedem Fall bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt für diejenigen Mitglieder in Kraft, die dieses, nicht jedoch das neu gefasste Übereinkommen ratifiziert haben.

Art. 16

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise verbindlich.

Geltungsbereich des Übereinkommens am 31. Juli 2002

| Vertragsstaaten | Ratifikation | | In-Kraft-Treten | |
|-------------------------|---------------|------|-----------------|------|
| Ägypten | 6. Mai | 2002 | 6. Mai | 2003 |
| Albanien | 2. August | 2001 | 2. August | 2002 |
| Algerien | 9. Februar | 2001 | 9. Februar | 2002 |
| Angola | 13. Juni | 2001 | 13. Juni | 2002 |
| Äquatorialguinea | 13. August | 2001 | 13. August | 2002 |
| Argentinien | 5. Februar | 2001 | 5. Februar | 2002 |
| Bahamas | 14. Juni | 2001 | 14. Juni | 2002 |
| Bahrain | 23. März | 2001 | 23. März | 2002 |
| Bangladesch | 12. März | 2001 | 12. März | 2002 |
| Barbados | 23. Oktober | 2000 | 23. Oktober | 2001 |
| Belarus | 31. Oktober | 2000 | 31. Oktober | 2001 |
| Belgien | 8. Mai | 2002 | 8. Mai | 2003 |
| Belize | 6. März | 2000 | 6. März | 2001 |
| Benin | 6. November | 2001 | 6. November | 2002 |
| Bosnien und Herzegowina | 5. Oktober | 2001 | 5. Oktober | 2002 |
| Botsuana | 3. Januar | 2000 | 3. Januar | 2001 |
| Brasilien | 2. Februar | 2000 | 2. Februar | 2001 |
| Bulgarien | 28. Juli | 2000 | 28. Juli | 2001 |
| Burkina Faso | 25. Juli | 2001 | 25. Juli | 2002 |
| Burundi | 11. Juni | 2002 | 11. Juni | 2003 |
| Chile | 17. Juli | 2000 | 17. Juli | 2001 |
| Costa Rica | 10. September | 2001 | 10. September | 2002 |
| Dänemark ¹ | 14. August | 2000 | 14. August | 2001 |
| Deutschland | 18. April | 2002 | 18. April | 2003 |
| Dominica | 4. Januar | 2001 | 4. Januar | 2002 |
| Dominikanische Republik | 15. November | 2000 | 15. November | 2001 |
| Ecuador | 19. September | 2000 | 19. September | 2001 |
| El Salvador | 12. Oktober | 2000 | 12. Oktober | 2001 |
| Estland | 24. September | 2001 | 24. September | 2002 |
| Fidschi | 17. April | 2002 | 17. April | 2003 |
| Finnland | 17. Januar | 2000 | 17. Januar | 2001 |
| Frankreich | 11. September | 2001 | 11. September | 2002 |
| Gabun | 28. März | 2001 | 28. März | 2002 |
| Gambia | 3. Juli | 2001 | 3. Juli | 2002 |
| Georgien | 24. Juli | 2002 | 24. Juli | 2003 |
| Ghana | 13. Juni | 2000 | 13. Juni | 2001 |
| Griechenland | 6. November | 2001 | 6. November | 2002 |
| Guatemala | 11. Oktober | 2001 | 11. Oktober | 2002 |
| Guyana | 15. Januar | 2001 | 15. Januar | 2002 |
| Honduras | 25. Oktober | 2001 | 25. Oktober | 2002 |
| Indonesien | 28. März | 2000 | 28. März | 2001 |
| Irak | 9. Juli | 2001 | 9. Juli | 2002 |
| Iran | 8. Mai | 2002 | 8. Mai | 2003 |

| Vertragsstaaten | Ratifikation | | In-Kraft-Treten | |
|---------------------|---------------|------|-----------------|------|
| Irland | 20. Dezember | 1999 | 20. Dezember | 2000 |
| Island | 29. Mai | 2000 | 29. Mai | 2001 |
| Italien | 7. Juni | 2000 | 7. Juni | 2001 |
| Japan | 18. Juni | 2001 | 18. Juni | 2002 |
| Jemen | 15. Juni | 2000 | 15. Juni | 2001 |
| Jordanien | 20. April | 2000 | 20. April | 2001 |
| Kamerun | 5. Juni | 2002 | 5. Juni | 2003 |
| Kanada | 6. Juni | 2000 | 6. Juni | 2001 |
| Kap Verde | 23. Oktober | 2001 | 23. Oktober | 2002 |
| Katar | 30. Mai | 2000 | 30. Mai | 2001 |
| Kenia | 7. Mai | 2001 | 7. Mai | 2002 |
| Kongo (Brazzaville) | 29. April | 2002 | 29. April | 2003 |
| Kongo (Kinshasa) | 20. Juni | 2001 | 20. Juni | 2002 |
| Korea (Süd-) | 29. März | 2001 | 29. März | 2002 |
| Kroatien | 17. Juli | 2001 | 17. Juli | 2002 |
| Kuwait | 15. August | 2000 | 15. August | 2001 |
| Lesotho | 14. Juni | 2001 | 14. Juni | 2002 |
| Libanon | 11. September | 2001 | 11. September | 2002 |
| Libyen | 4. Oktober | 2000 | 4. Oktober | 2001 |
| Luxemburg | 21. März | 2001 | 21. März | 2002 |
| Madagaskar | 4. Oktober | 2001 | 4. Oktober | 2002 |
| Malawi | 19. November | 1999 | 19. November | 2000 |
| Malaysia | 10. November | 2000 | 10. November | 2001 |
| Mali | 14. Juli | 2000 | 14. Juli | 2001 |
| Malta | 15. Juni | 2001 | 15. Juni | 2002 |
| Marokko | 26. Januar | 2001 | 26. Januar | 2002 |
| Mauretanien | 3. Dezember | 2001 | 3. Dezember | 2002 |
| Mauritius | 8. Juni | 2000 | 8. Juni | 2001 |
| Mazedonien | 30. Mai | 2002 | 30. Mai | 2003 |
| Mexiko | 30. Juni | 2000 | 30. Juni | 2001 |
| Moldau | 14. Juni | 2002 | 14. Juni | 2003 |
| Mongolei | 26. Februar | 2001 | 26. Februar | 2002 |
| Namibia | 15. November | 2000 | 15. November | 2001 |
| Nepal | 3. Januar | 2002 | 3. Januar | 2003 |
| Neuseeland | 14. Juni | 2001 | 14. Juni | 2002 |
| Nicaragua | 6. November | 2000 | 6. November | 2001 |
| Niederlande | 14. Februar | 2002 | 14. Februar | 2003 |
| Niger | 23. Oktober | 2000 | 23. Oktober | 2001 |
| Norwegen | 21. Dezember | 2000 | 21. Dezember | 2001 |
| Oman | 11. Juni | 2001 | 11. Juni | 2002 |
| Österreich | 4. Dezember | 2001 | 4. Dezember | 2002 |
| Pakistan | 11. Oktober | 2001 | 11. Oktober | 2002 |
| Panama | 31. Oktober | 2000 | 31. Oktober | 2001 |
| Papua-Neuguinea | 2. Juni | 2000 | 2. Juni | 2001 |
| Paraguay | 7. März | 2001 | 7. März | 2002 |

| Vertragsstaaten | Ratifikation | | In-Kraft-Treten | |
|--------------------------------|---------------|------|-----------------|------|
| Peru | 10. Januar | 2002 | 10. Januar | 2003 |
| Philippinen | 28. November | 2000 | 28. November | 2001 |
| Portugal | 15. Juni | 2000 | 15. Juni | 2001 |
| Ruanda | 23. Mai | 2000 | 23. Mai | 2001 |
| Rumänien | 13. Dezember | 2000 | 13. Dezember | 2001 |
| Sambia | 10. Dezember | 2001 | 10. Dezember | 2002 |
| San Marino | 15. März | 2000 | 15. März | 2001 |
| Saudi-Arabien | 8. Oktober | 2001 | 8. Oktober | 2002 |
| Schweden | 13. Juni | 2001 | 13. Juni | 2002 |
| Schweiz | 28. Juni | 2000 | 28. Juni | 2001 |
| Senegal | 1. Juni | 2000 | 1. Juni | 2001 |
| Seychellen | 28. September | 1999 | 19. November | 2000 |
| Simbabwe | 11. Dezember | 2000 | 11. Dezember | 2001 |
| Singapur | 14. Juni | 2001 | 14. Juni | 2002 |
| Slowakei | 20. Dezember | 1999 | 20. Dezember | 2000 |
| Slowenien | 8. Mai | 2001 | 8. Mai | 2002 |
| Spanien | 2. April | 2001 | 2. April | 2002 |
| Sri Lanka | 1. März | 2001 | 1. März | 2002 |
| St. Kitts und Nevis | 12. Oktober | 2000 | 12. Oktober | 2001 |
| St. Lucia | 6. Dezember | 2000 | 6. Dezember | 2001 |
| St. Vincent und die Grenadinen | 4. Dezember | 2001 | 4. Dezember | 2002 |
| Südafrika | 7. Juni | 2000 | 7. Juni | 2001 |
| Tansania | 12. September | 2001 | 12. September | 2002 |
| Thailand | 16. Februar | 2001 | 16. Februar | 2002 |
| Togo | 19. September | 2000 | 19. September | 2001 |
| Tschad | 6. November | 2000 | 6. November | 2001 |
| Tschechische Republik | 19. Juni | 2001 | 19. Juni | 2002 |
| Tunesien | 28. Februar | 2000 | 28. Februar | 2001 |
| Türkei | 2. August | 2001 | 2. August | 2002 |
| Uganda | 21. Juni | 2001 | 21. Juni | 2002 |
| Ukraine | 14. Dezember | 2000 | 14. Dezember | 2001 |
| Ungarn | 20. April | 2000 | 20. April | 2001 |
| Uruguay | 3. August | 2001 | 3. August | 2002 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 28. Juni | 2001 | 28. Juni | 2002 |
| Vereinigte Staaten* | 2. Dezember | 1999 | 2. Dezember | 2000 |
| Vereinigtes Königreich | 22. März | 2000 | 22. März | 2001 |
| Guernsey ² | 15. Oktober | 2001 | 15. Oktober | 2001 |
| Vietnam | 19. Dezember | 2000 | 19. Dezember | 2001 |
| Zentralafrikanische Republik | 28. Juni | 2000 | 28. Juni | 2001 |
| Zypern | 27. November | 2000 | 27. November | 2001 |

* Mitteilung siehe hiernach.

¹ Nicht anwendbar auf die Färöer-Inseln und Grönland.

² Anwendung ohne Abweichungen auf Guernsey (mit Ausnahme des «Bailiwick» Guernsey, welchem die Inseln Alderney und Sark unterstehen).

Mitteilung

Vereinigte Staaten

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben das Übereinkommen (182) über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit im Jahr 1999 mit folgenden Betrachtungen (Understandings) ratifiziert:

- 1) Kinder, die in Landwirtschaftsbetrieben arbeiten: Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der Ansicht, dass Artikel 3 d) des Übereinkommens 182 die Situation, in der Kinder durch ein Elternteil oder eine Person mit elterlicher Gewalt in einem Betrieb zur Arbeit herangezogen werden, der diesem Elternteil oder dieser Person gehört, oder von diesen betrieben wird, nicht abdeckt; ferner sind die USA der Meinung, dass Artikel 3 d) weder die Bestimmungen zur Beschäftigung im landwirtschaftlichen Sektor noch jegliche andere Bestimmung des amerikanischen Gesetzes über faire Arbeitsnormen ändert oder ändern soll.
- 2) Grundausbildung: Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der Ansicht, dass sich der in Artikel 7 des Übereinkommens 182 festgehaltene Ausdruck «Grundausbildung» auf eine schulische Grundausbildung plus ein Jahr bezieht, d.h. auf eine Schulzeit von acht oder neun Jahren, bei der das Lehrprogramm und nicht das Alter massgebend ist.

Bevor der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes die Eintragung der Ratifizierung des Übereinkommens durch die Vereinigten Staaten von Amerika vornahm, hat er der Regierung der USA eine auf den 9. Februar 2000 datierte Mitteilung mit folgendem Inhalt zukommen lassen:

Ich nehme zur Kenntnis, dass im Instrument vermerkt ist, die Erlaubnis zur Ratifizierung sei an zwei Betrachtungen gebunden, in denen die Interpretation gewisser Bestimmungen des Übereinkommens durch die Regierung dargelegt wird. Als Bevollmächtigter bin ich befugt, die Ratifizierung unter diesen Bedingungen zu akzeptieren, da diese Betrachtungen lediglich den Sinn des Übereinkommens bezüglich nationaler Gesetzgebung oder Praxis klären oder präzisieren, oder Fragen behandeln, die mit der Umsetzung des Übereinkommens auf nationaler Ebene zusammenhängen und nicht zum Ziel haben, Vorbehalte zur Änderung oder Einschränkung der internationalen Verpflichtungen des Landes anzubringen.

In der ersten Betrachtung steht, dass sich Artikel 3 d) des Übereinkommens nicht auf «die Situation, in der Kinder durch ein Elternteil oder eine Person mit elterlicher Gewalt in einem Betrieb zur Arbeit herangezogen werden, der diesem Elternteil oder dieser Person gehört, oder von diesen betrieben wird», beziehe. Artikel 3 d) des Übereinkommens hält fest, dass «Arbeit, die ihrer Natur nach oder auf Grund der Umstände, unter denen sie verrichtet wird, voraussichtlich für die Gesundheit, die Sicherheit oder die Sittlichkeit von Kindern schädlich ist», zu den «schlimmsten Formen der Kinderarbeit» im Sinne des Übereinkommens zu rechnen ist. Aus Sicht des Internationalen Arbeitsamtes kann diese Bestimmung als solche keine spezifische Wirtschaftsbranche oder Unternehmensart betreffen oder ausschliessen. Diese

Bestimmung sollte auch nicht losgelöst von Artikel 4 Abschnitt 1 gelesen werden, der besagt, dass die betreffenden Formen der Arbeit und die Art der Verrichtung der Arbeit durch das Mitgliedsland, unter Beachtung der im Abschnitt definierten Bedingungen, selbst bestimmt werden. Unter diesen Umständen kann das in der ersten Betrachtung anvisierte Ziel erreicht werden.

Aus diesen Feststellungen schliesse ich, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht die Absicht hat, ihre Ratifizierung des Übereinkommens über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, die 1999 stattgefunden hat, an Vorbehalte irgendeiner Art zu knüpfen, und kann kraft meiner Befugnisse die Eintragung für das oben genannte Instrument zur Ratifizierung vornehmen.